

<https://www.private-banking-magazin.de/struengmann-family-office-aktien-biontech-verkauf/> 7.11.2023

550 Prozent Gewinn – Strüngmann Family Office verkauft Biontech-Aktienpaket

An der Goldgrube 12 – hier hat der Impfstoffhersteller Biontech in Mainz seinen Sitz. Als „Goldgrube“ hat sich für die Zwillinge Thomas und Andreas Strüngmann die Beteiligung an dem Unternehmen herausgestellt. Die Hexal-Gründer haben laut einem Bloomberg-Bericht einen Teil ihrer Aktien mit hohem Gewinn veräußert.

2008 investierten die Zwillinge Thomas und Andreas Strüngmann in das damals noch kaum bekannte Biotechnologie-Startup Biontech. Während der Corona-Pandemie erlangte das Mainzer Unternehmen dann als Impfstoffentwickler weltweit Bekanntheit. Jetzt, wo die Nachfrage nach dem Covid-19-Vakzin nachlässt, haben die Hexal-Gründer einen Teil ihrer Biontech-Aktien mit hohem Gewinn veräußert.

Strüngmann-Brüder größte Biontech-Aktionäre

Wie Bloomberg berichtet, hat das Investmentvehikel der Strüngmanns im laufenden Jahr bereits Biontech-Titel im Wert von rund 110 Millionen US-Dollar (103 Millionen Euro) abgestoßen und im vergangenen Monat den geplanten Verkauf von Aktien in annähernd doppelter Höhe angemeldet. Dies geht aus Pflichtmitteilungen bei der New Yorker Börse hervor. Die Aktien des Unternehmens, das im dritten Quartal 2023 einen Gewinn von 161 Millionen Euro auswies, sind seit dem US-Börsengang im Jahr 2019 um mehr als 550 Prozent gestiegen.

Die Brüder sind laut dem Nachrichtendienst mit einem Anteil von rund 43 Prozent vor dem Verkauf die größten Aktionäre des Mainzer Unternehmens. Ein Vertreter der Brüder Strüngmanns, die laut dem Bloomberg Billionaires Index ein gemeinsames Nettovermögen von 23,4 Milliarden US-Dollar besitzen, äußerte sich auf Anfrage nicht zu der geplanten Transaktion.

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Netzentgelte-fuer-Stromkunden-steigen-massiv-article24516210.html> 8.11.2023

Netzentgelte für Stromkunden steigen massiv

Gegen hohe Strompreise hilft Sparen. Doch zugleich tragen Stromkunden auch die Kosten für die Netzbetreiber. Diese Entgelte sollen 2024 um zehn Prozent steigen. Die Union kritisiert, dass die Bundesregierung auf solche Auswüchse keinerlei Antwort hat.

Die privaten Haushalte in Deutschland müssen im kommenden Jahr fast elf Prozent mehr für die Netzentgelte beim Strom bezahlen. Für typische Haushaltskunden mit einem Jahresverbrauch von 3500 Kilowattstunden steigen die Netzentgelte 2024 voraussichtlich um 10,6 Prozent oder 1,03 Cent pro Kilowattstunde, heißt es in der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine kleine Anfrage der Unions-Bundestagsfraktion. Sie liegt der "Rheinischen Post" vor.

"In der ausgewerteten Stichprobe zahlt ein Haushaltskunde mit 3500 Kilowattstunden Jahresverbrauch im Jahr 2023 ein durchschnittliches Netzentgelt in Höhe von 341 Euro netto, im Jahr 2024 in Höhe von 377 Euro netto", so das Ministerium. Allein für die Netzdurchleitung zahlt der Stromkunde demnach im kommenden Jahr 36 Euro mehr als 2023. Die Netzentgelte machen damit bereits mehr als ein Viertel der gesamten Stromkosten aus. Der weitere Anstieg der Entgelte belastet nicht nur private Haushalte, sondern auch zunehmend gewerbliche Kunden und die Industrie. Um die Kostendynamik zu bremsen, zahlt der Bund den Übertragungsnetzbetreibern einen Zuschuss. Mit 5,5 Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds soll er 2024 aber um etwa 300 Millionen Euro geringer ausfallen als 2023, heißt es in der Antwort.

<https://www.agrarheute.com/management/finanzen/co2-steuer-verteuert-heizkosten-ab-2024-drastisch-heizoelpreise-steigen-kraeftig-612894> 7.11.2023

CO2-Steuer verteuert Heizkosten ab 2024 drastisch – Heizölpreise steigen kräftig

Die höhere CO2-Steuer verteuert ab 2024 Heizöl, Diesel und Gas. Der Anstieg der Heizkosten setzt sich dann in den nächsten Jahren fort und belastet die Haushaltskassen erheblich, zeigen Berechnungen von Heizungsexperten. Als Zugabe wird auch die Inflation angeheizt.

Die [CO2-Steuer für Heizöl](#), Gas und Diesel wird zu Januar 2024 in Deutschland weiter erhöht. In den Jahren 2022 und 2023 betrug die Steuer 30 Euro je Tonne CO2. Aufgrund der Energiekrise wurde die Erhöhung für 2023 ausgesetzt. Ab Januar wird die CO2-Steuer auf 40 Euro/Tonne erhöht.

„Das entspricht einer [Verteuerung bei Heizöl](#) um etwa 3,16 Cent/l brutto oder 63,20 Euro bei einer 2000 Liter Heizöllieferung“, haben die Heizölexperten von Tecson ausgerechnet. Wer seinen [Öl-Vorrat noch für den Winter](#) auffüllen muss, sollte dies bald tun. Denn für alle Lieferungen wird ab 1. Januar 2021 die CO2-Abgabe fällig – selbst wenn das Heizöl noch im alten Jahr bestellt wurde.

Da sich die [Auftragsbücher im Heizölhandel](#) zum Jahresende füllen und sich die [Lieferfristen verlängern](#), sollte die Order also nicht zu spät ausgelöst werden.

Die Heizöl-Experten von Tecson weisen noch auf einen anderen Aspekt hin: Ab 01.12.2023 verdoppeln sich außerdem die LKW-Maut Abgaben. Für den [Heizölkunden bedeutet](#) das eine weitere Preiserhöhung von etlichen Cent pro Liter, denn die Heizölspeditionen werden diese Abgabenerhöhung an den Heizölkunden weitergeben.

<https://report24.news/problem-fuer-oesterreich-und-ungarn-ab-2025-kommt-kein-russisches-gas-mehr-ueber-die-ukraine/> 9.11.2023

Probleme für Österreich und Ungarn: Ab 2025 kommt kein russisches Gas mehr über die Ukraine

Im Jahr 2024 läuft der Transitvertrag zwischen der russischen Gazprom und der ukrainischen Naftogaz aus. Das heißt, die weiterhin bestehenden Erdgas-Lieferungen nach Europa werden dann ein Ende finden. Das wird den Gasmarkt weiter verschärfen. Österreichs Gasversorgung stammt noch zur Hälfte aus Russland.

Der bis Ende 2024 laufende Transitvertrag für russisches Erdgas über die Ukraine wird nicht verlängert. Dies wird für einige europäische Länder (darunter Österreich, Ungarn, die Slowakei und Italien) Versorgungsprobleme verursachen. Denn im ohnehin schon sehr angespannten Markt für Erdgas in Europa wird es schwierig, Ersatz zu finden. Insbesondere auch deshalb, weil es dort an Infrastruktur und Kapazitäten zur Verflüssigung von LNG mangelt, weil man via Pipeline versorgt wird.

Für Österreich, welches nach wie vor rund 50 Prozent seines Erdgasverbrauchs aus Russland bezieht, wird es dann beispielsweise schwierig. Woher soll die Alpenrepublik das benötigte Gas dann erhalten? Vor allem laufen die Verträge Österreichs mit Gazprom theoretisch bis zum Jahr 2040, so dass man bislang keine großen Anstalten machte, sich anderweitig abzusichern. Turkstream versorgt zwar weiterhin die Balkanländer, doch die Transgas-Pipeline über die Ukraine nach Mitteleuropa wird dann spätestens ab 2025 Geschichte sein. Eine Umleitung eines Teils des Erdgases über die Turkstream-Pipeline wäre zwar möglich, allerdings gibt es dort nicht genügend Kapazitäten.

<https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krise-und-insolvenzticker/>

7.11.2023

Deutsche Industrie auch im vierten Quartal von Rezession bedroht

Die Produktion deutscher Unternehmen ist im September stark zurückgegangen. Wie das Statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte, stellten Industrie, Bau und Energieversorger zusammen 1,4 Prozent weniger her als im August. Für die exportabhängige Industrie ergab sich

ein Rückgang um 1,7 Prozent. Die Energieerzeugung sank ebenfalls um 1,7 Prozent. Die Bauproduktion blieb unverändert. Im August lag der Rückgang in den drei Bereichen zusammen bei nur 0,1 Prozent.

Damit droht der deutschen Wirtschaft auch für das vierte Quartal eine Rezession. Von der Nachrichtenagentur Reuters befragte Ökonomen hatten mit einem Minus von nur 0,1 Prozent gerechnet. Der Chefvolkswirt der VP Bank, Thomas Gitzel, kommentierte, dass von der deutschen Wirtschaft im laufenden Jahr "nicht allzu viel" zu erwarten sei, und vermutlich auch nicht im kommenden Jahr, da es bislang an "positiven Impulsen für einen Trendwechsel" fehle.

Wie das Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo mitteilte, konnte das Geschäftsklima in der Chemieindustrie im Oktober nur leicht steigen, von -18,7 Punkte im Vormonat auf -15,3 Punkte. Die Einschätzungen zur Geschäftslage blieben nahezu unverändert negativ. Die Geschäftserwartungen verbesserten sich leicht, die Auftragslage verschlechterte sich. Ifo-Branchenexpertin Anna Wolf kommentierte, dass das Geschäftsumfeld für die deutsche Chemie "sehr herausfordernd" bleibe.

<https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krise-und-insolvenzticker/>

6.11.2023

"Heizungsgesetz wirkt im Osten wie ein Sargnagel für den Immobilienmarkt"

Die Immobilienpreise in Ostdeutschland fallen, besonders drastisch im ländlichen Raum. Das berichtete das Burda-Magazin Focus in einem längeren Beitrag am Wochenende. Demnach sanken die Preise immer weiter. Das Problem bestrafte nicht nur den Osten, sondern alle Lagen mit "schlechtem Sanierungszustand".

Das Blatt zitiert einen Immobilienunternehmer mit der Aussage:

"Das Heizungsgesetz der Ampel-Regierung wirkt im ländlichen Teil Ostdeutschlands wie ein Sargnagel für den Immobilien-Markt."

Schlechte Verkäuflichkeit plus Sanierungskosten seien ein massives Problem, von dem der Osten besonders betroffen sei. Der vom Bund in Aussicht gestellte Zuschuss von 30 Prozent der Kosten sei nur "ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn die Kosten fast so hoch sind wie der Verkaufswert."

<https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krise-und-insolvenzticker/>

6.11.2023

"Immer schlimmer" – Lage im Wohnungsbau spitzt sich zu

Die Stornierungswelle im Wohnungsbau ebbt nicht ab. Wie das Münchener ifo-Institut meldete, meldeten 22,2 Prozent der Unternehmen im Oktober gestrichene Projekte. Im September waren es noch 21,4 Prozent.

ifo-Experte Klaus Wohlrabe kommentierte:

"Es wird immer schlimmer, mehr und mehr Projekte scheitern am gestiegenen Zinsniveau und den teuren Baupreisen. Das Neugeschäft im Wohnungsbau ist weiterhin sehr schwach, die Auftragsbestände der Firmen schmelzen ab."

Bereits 48,7 Prozent der Unternehmen berichteten über Auftragsmangel – nach 46,6 Prozent im September. Im Vorjahresmonat lag der Anteil noch bei 18,7 Prozent. Er ist damit in nur einem Jahr von einem knappen Fünftel auf eine knappe Hälfte gestiegen. Wohlrabe weiter:

"Fast jeder zweite Betrieb im Wohnungsbau leidet mittlerweile unter Auftragsmangel und es werden jeden Monat mehr. Für einige wird die Situation bedrohlich, jedes zehnte Unternehmen meldete bereits Finanzierungsschwierigkeiten. Der Ausblick für den Wohnungsbau bleibt finster, die Unternehmen stimmen sich auf harte Zeiten ein."

<https://test.rtde.tech/inland/186377-knapp-60-prozent-steigerung-ueber/>

9.11.2023

Knapp 60 Prozent Steigerung: Über 600.000 Menschen in Deutschland ohne Wohnung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe veröffentlichte neueste Zahlen. Die vorliegende Tendenz, dass in Deutschland immer mehr Menschen ohne festen Wohnsitz sind, sei auch in den "Hochrechnungsergebnissen" für die Jahre 2021 und 2022 zu sehen.

Ab einer Größenordnung von 500.000 Menschen wird statistisch von einer Großstadt gesprochen. Laut jüngster [Mitteilung](#) der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) besagt eine aktuelle Hochrechnung der Gesamtwerte, dass im Verlauf des Jahres 2022 in Deutschland "607.000 Menschen wohnungslos" waren. Davon lebten rund "50.000 ganz ohne Unterkunft auf der Straße". Zum Stichtag 30. Juni 2021 hatte die BAG W die Zahl von 268.000 wohnungslosen Menschen ermittelt. Die Jahresgesamtzahl für das Jahr 2021 lag laut BAG W-Hochrechnung dann bei 383.000 wohnungslosen Personen. Von den erwachsenen Betroffenen waren 58 Prozent männlich und 42 Prozent weiblich.

Die Hochrechnung der BAG W ist laut Mitteilung mit der Bundesstatistik vergleichbar. Im Gegensatz zum Bundesamt, das nur untergebrachte Menschen ohne Bleibe zählt, werden von der Wohnungslosenhilfe auch diejenigen Wohnungslosen mitgezählt, die vorübergehend bei Freunden und Bekannten unterkommen, sowie Obdachlose.

Die Hochrechnung der BAG W bezüglich wohnungsloser Menschen im Jahr 2022 zum Stichtag 30. Juni lautete 447.000 Menschen. Damit stieg die Zahl der Wohnungslosen vom Stichtag 2021 zum Stichtag 2022 um 67 Prozent und in der Jahresgesamtzahl um 58 Prozent.

Laut den vorliegenden Daten zeige sich "eine Differenzierung zwischen deutschen und nicht deutschen Wohnungslosen". Am Stichtag 2022 lag der Anteil der deutschen wohnungslosen Personen bei 29 Prozent und der Anteil der nicht deutschen bei 71 Prozent.

<https://test.rtde.tech/inland/186423-wirtschaftsweise-plaedieren-fuer-hoeheres-renteneintrittsalter/> 8.11.2023

Rentendebatte: Wirtschaftsweisen fordern Reform zu Lasten der Versicherten

Altersarmut "von oben" verordnet? Die sogenannten Wirtschaftsweisen wollen die Rente an die desolate demographische und wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik "anpassen": Daher schlagen sie höhere Beiträge der Arbeitnehmer und ein späteres Renteneintrittsalter vor. Zum Dank soll das Rentenniveau sinken.

"Die Rente ist sicher", sagte 1986 der damalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU). Davon kann mittlerweile keine Rede mehr sein. So befürchtet der Sachverständigenrat Wirtschaft enorme Wachstumseinbußen in Deutschland durch den demografischen Wandel. Die fünf "Wirtschaftsweisen" haben ihr Jahresgutachten am Mittwoch an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) übergeben.

Demnach liegt das Potenzial der deutschen Wirtschaft, also das jährliche Wachstum bei normaler Auslastung, bis 2070 bei nur 0,7 Prozent. Die umstrittene Ratsvorsitzende Monika Schnitzer sagte gegenüber dem Handelsblatt:

"Wir sind nicht der kranke, aber der alternde Mann Europas."

Demnach drohen enorme Beitragssteigerungen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch das zunehmende Ungleichgewicht zwischen Erwerbsbevölkerung und Rentnern, das in den vergangenen Jahren durch die Zuwanderung schlecht ausgebildeter Menschen aus der Ukraine, Nordafrika und vor allem dem Nahen Osten weiter verstärkt wurde, während zahlreiche deutsche Fachkräfte das Land seit 2020 verlassen haben. Nach aktuellen Berechnungen würde der durchschnittliche Beitragssatz von aktuell 18,6 Prozent des Lohns auf 26 Prozent bis 2080 steigen, wenn das Rentenniveau wie bisher bleiben soll.